

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Seeburggasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., anwärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inzerate nehmen an: in Berlin: A. Neumann, in Leipzig: Neumann & Neumann, in Hamburg: Neumann & Neumann, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Gartmanns Buchholz

# Danziger Zeitung.



## Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 2 Uhr Nachmittags.  
**Berlin, 28. März. (Abgeordnetenhaus.)** Auf der Tagesordnung steht der Antrag des Abg. Michalis, betr. die Aussetzung der Verathung über die Eisenbahnvorlagen, bis das Staatshaushaltsgesetz zu Stande gekommen sei. Für den abwesenden Antragsteller spricht Abg. Klog: Das Haus solle Verpflichtungen für das Land übernehmen, während sein verfassungsmäßiges Budgetrecht verkümmert werde. Vor Anerkennung desselben sei das Haus zur Gewährung von Anleihen und Zinsgarantien außer Stande. Wir wissen, daß diese die materiellen Interessen berührende Frage gegen uns ausgebeutet wird. Die Bewilligung von Special-Crediten gefährdet das Budgetrecht und vernichtet die Verfassung. Abg. Wagener: Wie der heutige Beschluß auch ausfalle, er sei von keinem Einfluß auf das Zustandekommen des Budgets. Mit Annahme des Antrages verzichten Sie auf die Ausübung Ihrer verfassungsmäßigen Pflichten. Die gestrige Annahme der Urträge des Generalberichts hat eine Scheidewand zwischen Ihnen und der Regierung aufgerichtet; sie ist ein Schritt weiter in den Conflict. Noch weiter gehend überschreiten Sie die Grenze der Möglichkeit des Regierens. Abg. Meibauer für den Antrag.

Angelommen 2 Uhr Nachmittags.  
**München, 28. März.** Die amtliche „Bayerische Zeitung“ meldet: Für den mit 9 gegen 6 Stimmen (wie bereits telegraphisch mitgeteilt) verworfenen Antrag Preußens, den sächsischen Antrag erst an den Ausschuß zu verweisen, stimmten in der gestrigen Bundestagsitzung Hannover, Kurhessen, Mecklenburg, die 15. Curie (Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg) und die 17. Curie (Lübeck, Frankfurt a. M., Bremen, Hamburg).

Angelommen 9 1/2 Uhr Vormittags.  
**New-York, 16. März.** Es bestätigt sich, daß General Sherman Fayetteville besetzt hat; General Schofield besetzte Kingston, und General Sheridan zerstört die Eisenbahnen, die nach Lynchburg führen. Man versichert, daß General Sheridan, 20 Meilen von Richmond, die Räumung Richmonds erwartet. Der Präsident der Südstaaten, Davis, hat angekündigt, er habe dem Congress eine Mittheilung zu machen und vertagte den Schluß desselben. — Man glaubt, die Regierung werde die Zahlung der Mai-Coupons der 5 = 20-Bonds anticipiren. Wechsel-Cours auf London 188 1/2, Goldagio 65 1/2, Baumwolle 65.

## (W.L.A.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

**Frankfurt a. M., 27. März.** Dr. Sattler, Redacteur der „Postzeitung“, ist heute Nachmittag am Schlagfluß gestorben.

**Wien, 27. März.** Im heutigen Privatverkehr war das Geschäft Anfangs flau, alsdann bewirkten Realisirungen eine günstigere Stimmung. Beim Schluß war Staatsbahn angeboten. Creditactien 182,80, Nordbahn 177,00, 1860er Loose 93,15, 1864er Loose 88,05, Staatsbahn 190,80, Galizier 212,00.

**Dienstag, 27. März.** Das hiesige Arsenal wurde gestern Abends durch eine Feuersbrunst mit dem gesammten Material vollständig zerstört. Der Schaden ist sehr erheblich.

## Landtagsverhandlungen.

(Oldenb. C.) 28. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 27. März.

Die Tribünen sind lange vor Anfang überfüllt und vor dem Hause stehen dicke Menschengruppen. In der Hofloge erscheint General-Feldmarschall Graf v. Wrangel.

Der Abg. Parrisius überreicht eine Zustimmungsdressen an das Haus und an den Präsidenten Grabow, unterzeichnet von der Mehrzahl der Wahlmänner der Städte Brandenburg, Rathenow und Werder. Der Redner bewirkt, die Adresse sei provocirt worden durch das Misstrauensvotum aus Brandenburg, welches ausgegangen von dem Director der dortigen Ritter-Academie Professor Köpke und unterzeichnet war von einem Nachwächter und einem Hausknecht. Es folgt Fortsetzung der Debatte über die 3 ersten Urträge des Generalberichts.

Abg. Schulze-Delitzsch: Nach der Rede des Herrn Kriegsministers ist es geboten, unsere Stellung vor dem Lande zu constatiren. Ich gehe nicht auf die Drohung des Bruches ein; nach dem stenographischen Bericht liegt in dieser Beziehung kein Beschluß der Regierung vor, aber es wird uns doch eine Perspektive geoffnet, wonach die Haltung des Hauses verfassungsmäßig einmal die Regierung den bisher gehaltenen verfassungsmäßigen Weg minder strenge inne halten würde. Das Lob fester Parteiorganisation hätte ich gern in weiterem Maße acceptiren mögen, als ich es leider heute zurückzuführen, welches uns aus anderen Gründen, weil wir auf dem Boden der Verfassung stehen, gefolgt ist. Die conservative Partei ist weit besser und fester organisiert, als wir, wir haben keine Kreisboten, keine Districtschulzen. Die Aeußerung, daß die Fractionen die Unbefangenheit der Plenardebatte schädigten, hat mich von einer militärisch-technischen Autorität verwundert; ich erlaube, daß der Herr Kriegsminister die Bedeutung der Fractionen, dieser

parlamentarischen Cadres, so überschätzt. Unsere Stellung zu den großen Fragen ist nicht aus den Fractionen herzuleiten und auf jene zurückzuführen, sie ist weit hinter ihnen zu suchen. Die Regierung hat zwei Mal über unsere Köpfe fort das Land befragt und aus den großen Urversammlungen Antwort erhalten. Unsere Stellung ist eine sehr klare, aber ich zweifle, daß des Herrn Ministers Stellung eine eben so klare und günstige ist, wie die unsrige. Ich erinnere an seine Aeußerung, welche sich auf das Antreten der Erbschaft des Generals v. Bonin bezog. Niemand bezweifelt, daß der Herr Kriegsminister die Reorganisation vorgefunden, dennoch läßt sich die Erbschaft bezweifeln. Der Plan, das wissen wir, rührt von einer anderen Stelle her, wir kennen sehr wohl seinen Ursprung, die verhängnißvolle Klippe, die in unser Verfassungsleben hineinragt und wir wissen, daß Herr v. Bonin das Erbe ausgeschlagen und der jetzige Herr Minister es angetreten hat, woraus folgt, daß der Herr Kriegsminister ein Werk vertheidigt, dessen Einzelheiten er nicht durchweg billigte. Wir waren und sind diesem Plane gegenüber stets im Einverständnis unter uns und mit dem Volke gewesen. Man macht uns den Vorwurf, wir strebten nach Machterweiterung: nun, m. H., eine verfassungsmäßige Machterweiterung erstreben, gereicht weder uns, noch der Regierung zum Vorwurf; darum handelt es sich aber gar nicht. Wir können überhaupt keine Aenderung der Verfassung anstreben, so lange die Verfassung überhaupt keine Wahrheit ist. Wir haben nur die Aufgabe, unser verfassungsmäßiges Recht so festzustellen, daß es Niemand antasten kann; wir streben nicht nach Machterweiterung, sondern nach Machterwerb, man respectirt uns noch nicht in unserem Recht. Nun kann man die Macht aber auch anders auffassen, nicht als im Dienste des Rechts, sondern so, daß sie sich über das Recht hinwegsetzt. Der Herr Kriegsminister sagt, die dreijährige Dienstzeit sei durch das Gesetz von 1814 bedingt, sie beruhe also auf einem Gesetz, das ist richtig. Soll denn aber nicht auch die Erhöhung des Militäretats auf einem Gesetz beruhen und soll das Recht nur gegen uns gelten und nicht auch gegen die Staatsregierung? Da sagt man freilich: „Ja Bauer, das ist ganz was Anderes!“ (Beifall.) Ich komme schließlich auf die Existenzfrage, von welcher der Herr Kriegsminister gesprochen. Da weiß ich in der That nicht, um wessen Existenz es sich handeln soll. Hat der Herr Minister dabei an die Auflösung des Hauses gedacht? Ich kann es nicht glauben, der Herr Minister sagt ja selbst, dazu habe die Regierung kein Vertrauen und wir haben eine solche Maßnahme sicher nicht zu scheuen. Soll damit die Aussicht auf ein Verlassen des verfassungsmäßigen Weges seitens der Regierung eröffnet werden? Auch in diesem Falle, auch bei einem Unternehmen, welches nur einigermaßen nach einem Staatsstreiche schmeckt, kommt man nicht um einen Appell an das Volk herum und die Antwort darauf kann man sich von vornherein selbst geben. (Beifall.)

Abg. v. Hoverbeck: Ich hatte erwartet, daß der Herr Kriegsminister das Wort ergreifen werde, da auf seinen Wunsch die Discussion bis zur heutigen Sitzung vertagt wurde. Ich darf jetzt seine frühere Rede nach den Vorträgen, die wir gehört haben, für erledigt halten, und bemerke nur, daß von der brillanten Partei-Organisation, die man uns zuschreibt, nur mäßige Reime in Wirklichkeit vorhanden sind. Nicht unsere Organisation macht unsere Stärke aus, sondern des Herrn Kriegsministers Reorganisation. (Zustimmung.) Dem Abg. Simson bemerke ich, daß Fractionen unter Umständen die Uebelstände erzeugen können, die er ihnen ohne Ausnahme zuschreibt. Allerdings werden zuweilen im Voraus Schwefelbülzer probirt, die dann am Tage darauf nicht mehr recht zünden wollen. In der Fraction, der ich anzugehören die Ehre habe, ist von solchen Paradesätzen keine Rede. — Der Herr Reg.-Commissar Wille war so gültig und eine Rechnung vorzuhalten, die sich aus den von der Commission empfohlenen Mehrausgaben und Ermäßigungen von Steuern einerseits und nicht vorhandenen Deckungsmitteln andererseits zusammensetzt. Aber die Commission hat dem Lande nur ein Bild der vorhandenen Bedürfnisse und die Möglichkeit ihrer allmählichen Befriedigung darstellen wollen, wie sie die vorhandenen Mittel zulassen. Ich will dem Herrn Commissar ohne Auftrag der Commission, nur nach meinen persönlichen Calcul, nachweisen, daß man schon in diesem Etat und zwar mit einem bilanzirenden Budget einen guten Theil der vorhandenen, nicht abgelegneten Bedürfnisse erledigen kann, wenn man den guten Willen dazu hat und ihn dem Lande zeigen will. Die Subaltern-Beamten, gegen die der Herr Commissar so freigebig war, würden sich herzlich freuen, wenn sie statt der von ihm berechneten 2 1/2 Mill. in diesem Jahre nur 1/2 Mill. bekämen und der Rest der Zulage ihnen später zu Theil würde. Die 2 Mill. für Eisenbahnen will ich mit aus den Einnahmen d. Z. entnehmen, obwohl sie sehr wohl aus den vorjährigen Ueberschüssen der Eisenbahnverwaltung entnommen werden könnten. Für Stromregulirungen u. dergl. wäre das Land in d. Z. mit einer Mehr-Bewerndung von 1/2 Mill. zufrieden, statt der 1 1/2 Mill., die der Herr Commissar vorrechnet; für Universitäten und höhere Lehranstalten nur 200,000 Thlr. statt 1/2 Mill. Aber das Uebermaß der Güte hat der Herr Commissar auf die armen Elementarlehrer ausgeschüttet, deren Gehälter er von 11 auf 25 Mill. aufbessern will; und wie glücklich wären sie, wenn man den ehrlichen Willen dazu hätte, mit 1 Mill. jährlich, da ihre Wünsche nicht so weit gehen, daß sie sofort auf ein Durchschnittsgehalt von 400 Thlrn. gestellt werden. Für das landwirthschaftliche Ministerium hat der Bericht nur 50,000 Thlr. verlangt, der Herr Commissar 200,000 Thlr. Die Solbverbesserung für Gemeine und Unteroffiziere berechnet er auf 2 1/2 Mill. bei einer Zulage von 1 Sgr. pro Kopf: das ist richtig bei der heutigen Stärke der Armee, nicht bei der mäßigeren Präsenz, die wir im Auge haben; 1 Mill. reicht aus. Ähnlich steht es mit der Servis-Entschädigung

und der Zulage für die Invaliden, die ich ihnen von Herzen gönne. Für die Marine berechnet der Herr Commissar 2 Mill. jährlich, an sich ist das nicht zu viel, aber es ist zu viel, wenn man diese Summe aus dem laufenden Etat nehmen will. Aus dem laufenden Etat kommen wir zu keiner Marine. Ich rechne also statt der 2 Mill. nur 1 Mill. In Summa betragen diese Mehrbedürfnisse 7,450,000 Thlr. statt der 15 Mill. des Herrn Commissars und sie sind zu befriedigen, ohne den balancirenden Etat zu stören. Was die Ermäßigungen von Steuern und Einnahmen betrifft, so berechnete Herr v. Patow die natürliche Zunahme der Staatseinnahmen um 1 1/2, die Commission um 2 Mill. Die vorgeschlagenen Reformen (Porto-Herabsetzung, Aufhebung des Salzmonopols u. s. w.) bedürfen längerer Zeit und Vorberhandlungen zu ihrer Ausführung; die Commission konnte daher nicht die eventuellen Ausfälle schon für dies Jahr in Anschlag bringen. In Summa stehen den 19,720,000 Thlr. des Herrn Commissars nur 8,370,000 Thlr. nach meiner Rechnung gegenüber. Was die Deduction betrifft, so wollen wir an der Reorganisation, die wir beznantlich streichen werden, nicht 6 Mill., sondern 7 1/2 Mill. sparen, und es bleibt also ein Defizit von 40,000 Thlr., ein kleines Defizit gegenüber dem großen Defizit, das der Etat bestehen läßt, indem er bringende, von dem Herrn Commissar selbst anerkannte Bedürfnisse unbefriedigt läßt, weil der Militair-Etat die Mittel zu ihrer Deduction verschlungen hat. Für diese Bedürfnisse hat das Budget nichts gethan. (Lauter Beifall.)

Reg.-Commissar Wille: Ich kann die von mir neulich hier aufgestellte Rechnung durch die Ausführungen des Vorredners nicht widerlegt finden. Wenn ich auch wirklich in einigen Summen etwas zu weit gegangen bin, so wird es sich höchstens um eine Million handeln. Wenn alle die aufgezählten Bedürfnisse, wie die Commission anerkennt, einmal wirklich vorhanden sind, so ist es doch gleichgültig, ob man ihre Befriedigung sofort oder erst nach und nach eintreten lassen will. Macht man einmal einen bestimmten Finanzplan, so ist man genöthigt, die gesammten Bedürfnisse und die gesammten Mittel, die zur Disposition stehen, gegenseitig abzuwägen und auszugleichen. Ich habe durch meine Berechnung nur darthun wollen, daß ein offener Widerspruch darin besteht, wenn man Bedürfnisse von 15 Millionen befriedigt wissen will und gleichzeitig Steuererlasse von ca. 4 Millionen beantragt. Ich gebe zu, man kann bei diesen Berechnungen auch andere Erwägungen anstellen, aber wenn man wie der Vorredner verfährt, so werden die vorhandenen Bedürfnisse nicht befriedigt, sondern eben nur auf die Zukunft verwiesen. Auf die einzelnen Summen, die der Vorredner anführte, will ich nicht nochmals eingehen, da es auf sie nicht ankommt. Wenn man aber die Frage nach den Ansichten der Commission entwickelt, so kann man zu einer anderen Rechnung und zu andern Resultaten, wie ich sie aufgestellt habe, nicht gelangen.

Abg. v. Benda vertheidigt sein Amendement, weil durch den Commissions-Antrag leicht Mißverständnisse im Lande erregt werden könnten.

Abg. v. Hennig (für Antrag 4): Die Commission hat gar nicht daran gedacht, den diesjährigen Etat mit 15 Mill. Mehrausgaben zu belasten und dafür Steuer-Ermäßigungen im Betrag von über 4 Mill. vorzunehmen. Der Herr Reg.-Comm. hat dies indirect auch heute anerkennen müssen, denn er hat ja selbst gesagt, es sei ganz richtig, daß die Bedürfnisse in Bezug auf die Steuer-Ermäßigungen nicht schon jetzt an uns herantreten, indessen müsse man Vorsorge für die Zukunft treffen und sich fragen, ob denn auch in den nächsten Jahren eine Deduction für die Ausfälle vorhanden bleiben werde. Ich würde es sehr wünschenswerth finden, wenn diese Grundsätze schon früher befolgt worden wären, aber ich erinnere Sie daran, was der frühere Finanzminister, Herr v. Patow, damals bemerkt hat, als er für die Reorganisation der Armee eine Mehrforderung von 9 Millionen stellte und damit ein Defizit vor Augen hatte. Damals wurde das Haus und das Land auf die Zukunft verwiesen und auf das fortschreitende Wachstum der Steuer-Erträge, mit denen man in kurzer Zeit des Deficits Herr werden müsse. Nun, gerade auf dieses natürliche Wachstum der Steuer-Erträge hat auch Herr v. Hoverbeck hingewiesen, und ich muß hinzufügen, daß selbst da, wo wir Maßregeln vorschlagen, welche augenblickliche Ausfälle zur Folge haben können, in aller kürzester Frist eine Steigerung der Einnahmen mit Nothwendigkeit sich ergeben muß. Der Herr Regier.-Commissar hat die Ausfälle, welche die Aufhebung des Salzmonopols und die Ermäßigung des Postportos auf 1 Sgr. mit sich bringt, als die schwerster bezeichnet. Ich will nicht bestreiten, daß die Aufhebung des Salzmonopols zunächst eine nicht unbeträchtliche Einbuße herbeiführt, aber man braucht nur daran zu denken, daß dieses Monopol den Staat verhindert, die reichen Schätze der Natur so auszubeuten, wie dies der Fall sein könnte und sollte, um in nicht ferner Zukunft die größten Einnahmen vorherzusehen. In Folge des Monopols muß einer großen Menge königlicher Salinen ein bedeutender Zuschuß gezahlt werden, mit Aufhebung des Monopols müssen diese schädlichen Institute von selbst fallen. Ebenso steht es mit der Frage wegen des Postportos, bei der wir das Beispiel von England und Nord-Amerika vor uns haben. Es hat sich noch stets gezeigt, daß die Portoermäßigungen in wenigen Jahren große Mehreinnahmen erzielen und überhaupt ist der alte Satz wahr, daß hohe Steuern wenig und geringe Steuern viel einbringen. Ich halte den gegenwärtigen Zeitpunkt für ganz geeignet zu Steuerermäßigungen und wenn man uns immer verwirft, daß wir stets nur unserm Princip und nicht den wirklich bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen, so möchte ich doch darauf verweisen, daß auch der Herr Kriegsminister erklärt hat, unsern Vorschlägen gegenüber die dreijährige Dienstzeit „principiell“ festhalten zu müssen. Möge die Regierung also auch ihrerseits den bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen und der wirklich vorhandenen Bedürfnisse gedenken. Mit keinem

Wort hat übrigens der Herr Reg.-Commiss. bestritten, daß diese Bedürfnisse vorhanden seien und die Angaben der Commission zu widerlegen gesucht. Die Widersprüche sind auch nur deshalb erfolgt, weil das, was man gern behalten will, nämlich die Reorganisation, mit den Ausgaben für die von uns namhaft gemachten Bedürfnisse nicht vereinbar ist. Wir erkennen in der Reorganisation das Hinderniß jeder Verbesserung und jedes Fortschritts in dem wirtschaftlichen Leben der Nation, und wir sind der Ueberzeugung, daß der Staat, welcher im Frieden die finanziellen und wirtschaftlichen Hilfsquellen versiegen läßt, nie im Stande sein wird, einen glücklichen Krieg zu führen. (Leb. Beifall.)

Abg. v. Ernsthausen (gegen Antrag 4): Es ist jetzt nach Ihrer Ansicht nicht der Zeitpunkt, daß die Steuern ermäßigt werden müssen, sondern die höchste Zeit, der Regierung die Mittel zu entziehen, damit sie gezwungen werde, nach dem von Ihnen festgestellten Budget zu regieren; es ist nur schade, daß die Regierung immer noch nicht darauf eingehen will und noch lange nicht eingehen wird. Wenn ich der Resolution auch nicht prinzipiell entgegen bin, so kann ich sie doch nicht isolirt betrachten. Was ist nun aber der Zweck der Resolutionen, wenn man von vornherein weiß, daß sie keinen Erfolg haben? Hat man nur eine Besprechung beabsichtigt? Der Zweck ist erreicht und die Regierung hat vielfach Gelegenheit gehabt, die Ausstellungen der Commission siegreich zu bekämpfen. Die Resolutionen sind ein Schachzug. Sie haben selbst gesagt, daß hinter Ihnen keine materielle, sondern nur eine moralische Macht stehe; um dieser Macht auf die Beine zu helfen, bedürfen Sie der öffentlichen Meinung, der Zustimmung des Volkes, sogar der Zustimmung der Stadtverordneten. Denn wenn das, was Sie hier beschließen, nicht außerhalb des Hauses Wiederhall findet, so ist es mit Ihrer Sache vorbei. (Weiterkeit.) Sie machen also einen Schachzug, der aber erkennen läßt, daß es mit dem Spiele zu Ende geht. Was ist das Object des Kampfes? Die Leitung des Staates. Sie bedürfen einer großen Frage, der Militär-Reorganisation, um den Budget-Conflict zur Erscheinung zu bringen. Die Reorganisation ist nicht mehr ein geeigneter Angriffspunkt; die Zahl derer, welche die Reorganisation auf den früheren Zustand zurückführen wollen, ist auf ein kleines Häuflein zusammengeschmolzen; im Großen und Ganzen wird die Reorganisation vom Volke als sehr heilsam angesehen. (Widerspruch.) Das Volk hat eine Ahnung davon — (Auf: zur Sache!) Ihre Position hat sich wesentlich verschlechtert, beim Kampfe um die Reorganisation handelte es sich um einen Kampf gegen eine neue Maßregel. Jetzt bekämpfen Sie eine bestehende Einrichtung, an deren Gesellichkeit Niemand zweifelt. (Widerspruch.) Damals konnten Sie das beleidigte Rechtsgefühl in den Vordergrund stellen, jetzt sprechen Sie von volkswirtschaftlichen Interessen. Das Volk aber sagt sich jetzt: wir wollen gern die Steuern zahlen, wenn wir nur Frieden behalten, und die Reorganisation betrachtet es für eine Gemähr des Friedens. Der Schachzug, den Sie jetzt thun, beweist, daß Sie Ihre Partie verlieren werden. Der Kampf für parlamentarische Regierung ist noch verfrüht, nicht, als hielte ich es für unmöglich, daß die auch in Preußen einmal zur Geltung kommen könnte, allein gegenwärtig führt sie nicht zum Ziele. Unsere Fürsten haben den Staat unverwandelt dem Ziel der Ehre und Macht zugeführt; was würde unser Schicksal sein, wenn das Ruder des Staates in die Hände dieses Hauses fielen? (Präsident Grabow erinnert daran, daß Antrag 4 zur Debatte steht.) Sie müssen sich jetzt überzeugen, daß der Kampf nicht zu einem Ihnen günstigen Ausgange führt, und in Folge dessen müssen Sie den Weg des Compromisses betreten; oder aber, das Volk wird über die Fortschrittspartei hinweg der Krone die Hand zum Frieden bieten. (Beifall rechts, Bischofen links.)

Kriegsminister v. Roon: Ich will mir erlauben, einige Bemerkungen zu machen, ohne daß ich die Absicht habe, auf die vorangegangene Debatte zurückzukommen oder auf die gegenwärtige einen Einfluß zu üben. Ich will nur Thatsächlichkeiten berichten. Zunächst habe ich allerdings am Freitag die Veränderung der Tagesordnung beim Präsidenten beantragt, weil es mir nach den Auslassungen einiger Redner am Donnerstag so schien, als könnten persönliche Angriffe, hervorgegangen aus der mißverständlichen Auffassung meiner Donnerstag-Bemerkungen, mich verpflichten, zu meiner Vertbeidigung die nöthigen Erläuterungen eintreten zu lassen. Nachdem aber heute nach Einsicht der stenographischen Berichte nur Negationen meiner Behauptungen, keineswegs Beweisführungen gegen dieselben stattgefunden, lag für mich keine Veranlassung vor, das Wort in der schwebenden Frage noch einmal zu ergreifen. Was ich zu sagen hatte, habe ich gesagt und ich habe in dieser Beziehung durchaus nichts hinzu zu thun, noch hinweg zu nehmen. Ich muß sodann der Auffassung des Abg. für Berlin in Bezug auf die Aeußerung, ich hätte die Erbschaft nicht meines Vorgängers, sondern irgend einer mythischen, im Dunkel wirkenden Macht angetreten, als unrichtig und objectiv unwahr entgegen treten. Ich weiß nicht, warum die Herren gewissen dunkeln fabelhaften Gerüchten, die auch wieder an die bekannte Seeschlange erinnern, mehr Glauben schenken als den actenmäßigen Beweisen. Man hat vielleicht die Absicht, durch die Erörterung dieser Frage Details über die damalige Personal-Veränderung zu erfahren. Die Speculation mißglückt aber. Seinen ferneren Behauptungen gegenüber, als sei ich eben durch jene dunkle mythische Gewalt veranlaßt worden, die Erbschaft anzutreten, obgleich ich nicht in allen Punkten mit der, wie er sagte, mir aufgetragenen Reorganisation einverstanden gewesen sei, ich verteidigte eine Sache, die man mir aufgetragen, ohne daß ich von ihrer Zweckmäßigkeit überzeugt sei, — so will ich hier erklären, daß ich nicht bloß in allen Hauptpunkten, sondern, nachdem mir mein Amt gestattet hat, auf den Zustand Einfluß zu üben, auch mit allen Details der Reorganisation einverstanden bin, so sehr man es sein kann mit etwas, was man selbst gemacht hat.

Präsident Grabow verliest den § der Geschäftsordnung, der die Bestimmungen enthält, welche nach Schluß der Diskussion die Grenzen der persönlichen Bemerkungen festsetzen und constatirt zugleich die Abwesenheit des Abg. für Berlin (Schulze), während der Rede des Kriegsministers.

Kriegsminister v. Roon: Ich erkläre zu meinem Bedauern, daß ich erst gegen den Schluß meiner Aeußerungen die Abwesenheit des Hrn. Abg. für Berlin wahrgenommen habe. Ich muß um Verzeihung bitten, wenn ich gegen den Gebrauch des Hauses verstoßen habe, es geschah keineswegs in übler Absicht.

Abg. Schulze: Ich habe die Rede des Hrn. Kriegsministers von einer andern Stelle des Hauses gehört. Ich bin ihm in meinen Worten den Beweis keineswegs dafür schuldig geblieben, daß er nicht ganz und unbedingt mit der Reorganisation übereinstimmt. Im stenographischen Bericht heißt es an einer Stelle in seiner Rede: „Wenn ich nicht den ganzen Gesetz-Entwurf vorgefunden hätte, ich würde es wahr-

scheinlich nicht für rathsam erachtet haben, ihn so vorzulegen!“ Daraus habe ich meine Behauptung gefolgert.

Kriegsminister v. Roon: Die verlesene Stelle meiner Rede ist ganz richtig. Der Reorganisationsplan, den ich vorgelegt und dem Hause vorgelegt wurde am Anfang Februar 1860, hatte allerdings einige Punkte, mit denen ich nicht übereinstimmte; aber es wird einem so aufmerksamen Beobachter der parlamentarischen Vorgänge gewiß nicht entgangen sein, daß die Reorganisation von 1860 in einigen wesentlichen Punkten — von den unwesentlichen rede ich nicht — doch verschieden ist von der Reorganisation, wie sie thatsächlich heute ausgeführt ist. Die Reorganisation, wie sie auf Grund der Bewilligung von 1860 ausgeführt werden sollte, hielt sich genau an die gesetzlichen Vorschriften, wollte nicht darüber hinaus und konnte z. B. eine vierjährige Dienstzeit der Cavallerie nicht einführen u. s. f.; einen solchen Reorganisationsplan, wie er 1860 vorgelegt worden ist, würde ich vielleicht bei reiflicher Ueberlegung nicht vorgelegt haben. Ein Myreres über diese Sache zu sagen, scheint mir nicht erforderlich. — Der Hr. Abg. wird mich jetzt wohl verstehen.

Hr. Abg. Michaelis: Der Herr Abg. v. Ernsthausen hat den Antrag der Commission wie etwas Wunderbares und ganz Exorbitantes angesehen und dabei wohl mehr seine Stellung als Landrath, denn als Mitglied dieses Hauses im Auge gehabt. Als Landrath hat er es nicht mit dem Gesetze, sondern mit dessen Ausführung zu thun, hier aber beraten und beschließen wir über Grundsätze und man darf uns nicht Absichten unterbreiten, die wir nicht haben. Der Abg. v. Ernsthausen ist ein neues Mitglied dieses Hauses und mit dessen Thätigkeit aus den Jahren 1862-64 wohl nicht genau bekannt, sonst würde er von einer Modification der „Partie“, die wir nach seiner Meinung gegen die Regierung spielen sollen, nicht gesprochen haben. Unsere Principien sind stets dieselben geblieben, wir spielen überhaupt kein Spiel, sondern wir vertreten die Rechte des Landes. (Sehr wahr! sehr richtig!) Der Abg. hat dann von dem Abfall der öffentlichen Meinung, von der Majorität und dergl. mehr gesprochen; es geht ihm dabei wie vielen Menschen, die das für Thatsache halten, was sie wünschen und sich damit in einer großen Täuschung befinden. Wir bezwecken Ermäßigung zweckwidrig angelegter Steuern, Hebung der Steuerkraft des Landes. Wir wollen Verkehrsvereinfachungen, Herabsetzung des Briefpostes und anderer Lasten, dadurch erhöhen wir gleichzeitig die Einnahmen, z. B. die Stempelsteuern. Indem Sie dem Antrage zustimmen, vervollständigen Sie das Finanzprincip des Hauses in der Richtung, in welcher es zu verstärken unsere erste Pflicht ist. Sie veranlassen die Finanzverwaltung, zugleich von dem bequemen System abzuweichen sich auf alte Steuern zu stützen, sie bringen zum Schluß Geist und Idee in die Anlage und Vertheilung der Steuern. (Beifall.)

Es folgt V. Rathung über Antrag 5. Abg. v. Kirchmann: Bei No. 5 handelt es sich um die Gebäudesteuer und da möchte ich das Bedauern aussprechen, daß sich die Commission auch bei diesem Punkte auf Wünsche beschränkt hat, während hier eine Stelle vorhanden war, wo dem Hause schon wirkliche Rechte zustehen und wo durch Ausübung dieser Rechte die Regierung in die rechtliche Unmöglichkeit versetzt werden konnte, die Gebäudesteuer in diesem Jahre zu erheben. Wenn nun auch die ausführliche Erörterung des Rechtspunktes gegenwärtig nicht an der Stelle ist, so ist doch auch ein völliges Schweigen darüber nicht gerechtfertigt. Die Gebäudesteuer ist eine neue Steuer und Art. 109 der Verf. giebt der Regierung nur das Recht, alte Steuern fortzusetzen, daher überraschte mich die Rede des Hrn. Finanzministers vom 16. März d. J., worin er sich über die Gebäudesteuer aussprach. Es handelt sich hier um eine neue Steuer und da genügt es, daß ein einziger Factor der Gesetzgebung dieselbe verweigert, um sie nicht erhebbbar zu machen. Wir wissen, daß das Recht der Regierung, die Gebäudesteuer zu erheben, ohne daß ein Etatsgesetz zu Stande gekommen ist, im ganzen Lande lebhaft erörtert wird, daß in den östlichen wie in den westlichen Provinzen schon thatsächliche Verweigerungen derselben vorgekommen sind. Ich glaube, das Haus hätte die Pflicht gehabt, sich über diese Frage, bei der Tausende und Hunderttausende mit ihrem Vermögen theilhaftig sind, schleunigst auszusprechen. Da sich jedoch die Commission rein auf den Finanzpunkt beschränkt hat, so glaube ich zwar, daß wir uns dem fügen können, vorläufig fügen können; aber damit der Antrag nicht etwa so mißverstanden werde, daß die Regierung an sich berechtigt sei, die Gebäudesteuer überhaupt zu erheben, ist es wünschenswerth, daß der Herr Referent noch ganz bestimmt sich dahin erkläre, daß das Recht des Hauses über die Statuirung der Gebäudesteuer und über das Recht der Regierung, sie schon in diesem Jahre zu erheben, in keiner Weise präjudicirt werden soll.

Abg. Prince-Smith: Die Anträge 5 und 6 enthalten Wünsche, denen der Herr Finanzminister ein lächelndes Antlitz, der Hr. Kriegsminister den Vorwurf eines aggressiven Vorgehens, einer Erweiterung der Klust entgegensetzte. Die Forderungen sind aber nicht gestellt als Bedingungen für das letzte Budget, sie sind zur Ausgleichung des Conflicts gestellt. Die Nichtcontingentirung der Steuern ist nicht in Uebereinstimmung mit der Fortentwicklung unseres Verfassungs-Lebens und mit den wirtschaftlichen Interessen. — Was that die Regierung bei der Verdoppelung des stehenden Heeres, bei der Erhöhung des Militair-Etats von 32 auf 50 Millionen ohne nachträgliche Deckung und ausreichende Zustimmung der Landesvertretung? Sie zählte auf die Nichtcontingentirung der Steuern, daraus sind ihr jährlich so viel Bataillone mehr in die Hand gewachsen. Man könnte annehmen, daß die Regierung nach der Ausgleichung der Militairfrage sich beruhigen, daß die Erfahrung, welche sie aus diesem Conflict gezogen, ihr zur Warnung dienen und sie mit Scheu vor einer Wiederholung erfüllen könnte. Aber sehe ich auf die nicht contingentirten Steuern, so sage ich mir, daß die Regierung immer unübersehbare Mittel in Händen hat und daß die Veranschlagung übergroß ist, Neuerungen ohne vorherige Einwilligung zu wiederholen. Die wirtschaftlichen Staatsausgaben, zu denen ich mich jetzt wende, muß man im Großen und Ganzen als Specimen von dem Erwerbsgeschäft des Volkes und von dem großen Geschäft der Cultur betrachten. Bei Nichtcontingentirung der Steuern bleiben diese Specimen in gleichem Verhältnis zu der wachsenden Cultur; bei der Contingentirung wachsen sie mit der Ausdehnung des Geschäftsbetriebes. Nun wissen Sie, daß die größere Rentabilität eines Geschäfts gerade davon abhängt, daß man bei der Vergrößerung des Betriebes das Verhältnis der Specimen relativ verwendet. Indem also die Regierungspecimen, ein Haupttheil der Specimen aus dem Volksgeschäft immer mit dem Geschäft wachsen, auch nicht relativ vermindert werden, so wird die notwendige größere Rentabilität des Volkserwerbes in dem Maße erschwert, wie die Rentabilität der Steuererinnahmen vergrößert wird. (Hört!) England hatte vor 50 Jahren ein Staatsbudget von 52 Mill.

Pfund, bis heute ist dasselbe etwa auf 65 Mill. gestiegen, d. h. also um  $\frac{1}{4}$ . Die Regierungsausgaben sind um  $\frac{1}{2}$  % gewachsen, aber in wie unermeßlichem Verhältnis sind die Volkseinnahmen gestiegen? Das Volks-Capital in England hat sich seit diesen 50 Jahren vervierfacht. Wenn daher die Staatsausgaben in England in 50 Jahren nur um  $\frac{1}{4}$  % gewachsen sind, so bildet der Prozentsatz der Regierungspecimen nicht mehr als  $\frac{1}{4}$  des Prozentages vor 50 Jahren. Der Druck der Besteuerung in England ist auf  $\frac{1}{4}$  gesunken, daher die große Rentabilität des Erwerbsgeschäftes, daher der erstaunlich rasche Aufschwung, der in England in Erwerbsgeschäften statt gefunden. In Preußen ist das anders. Staatsbudget und Erweiterung der Erwerbsgeschäfte des Volkes ist in gleichem Verhältnis gewachsen und der Steuerdruck hat nicht abgenommen. Wo ist der Steuerdruck zu finden? Nicht bei den Steuerpächtern. Der Bedrückte ist derjenige Arbeitssuchende, der brodos bleibt, weil das Capital fortgenommen wird, womit ein Arbeiter dauernd beschäftigt werden konnte. Der Steuerdruck geht also immer auf die Entziehung desjenigen Capitals, womit die Volksarbeit fruchtbar gemacht wird. Woher soll man den Maßstab für die Besteuerung nehmen? Man votirt hier jährlich Millionen. Ja, was ist eine Million? In Thaleen hinter einander gelegt ein Silberfaden, der von Berlin bis Potsdam reicht. Es giebt aber einen zutreffenderen Maßstab. Eine Million Thaler ist ein Capital, womit man 2000 Arbeiter dauernd beschäftigen, 2000 Proletten stützen, also auf Familien berechnet, 10,000 Menschen aus dem nahrungslosen in den wohlernährten Theil des Volks überführen kann. Mit einer Million votire ich also die Existenz von 10,000 Menschen. (Hört, hört!) Darauf ist die neue Berechnung des Abg. Faucher's zurückzuführen. Entschieden wird dabei die Frage, ob die Bevölkerung um 1 oder 2 % wachse, mit andern Worten, ob nach 10 Jahren unser Staat auf 25 oder 35 Millionen gestiegen sein soll. Der Staat stellt sich die unbegrenzte Aufgabe als Macht unter den Mächten zu concurrenzen, die sich dauernd in der Machtenhaltung zu überbieten suchen und sie haben dazu kein anderes Mittel, als die Summen, welche sie aus dem Volkserwerbe ziehen. Wenn wir also eine Forderung stellen in Bezug auf die Contingentirung der Steuern, begrenzen wir die Staatsausgaben durch etwas Anderes, als durch die bedrohlich werdende Aussicht auf Volksnoth. (Beifall.)

Abg. v. Bonin: Die Contingentirung der Steuern würde 10,000 % kosten. Vor Allem haben wir kein verfassungsmäßiges Mittel, die Contingentirung zu bewirken, während die Regierung ein Gesetz zur Einführung und Erhebung der Steuern in Händen hat. Denn der Plausibilist wird sich wohl Niemand hingeben, daß wir eine Ermäßigung der Steuern bei dieser Regierung durchsetzen werden, so wenig wir ihr neue Steuern bewilligen werden. Ueber den Betrag der Gebäudesteuer ist endlich bei der Genehmigung derselben bereits verfügt worden.

Abg. Faucher: Allerdings haben wir ein verfassungsmäßiges Mittel, die Contingentirung einer uncontingentirten Steuer zu erreichen, indem wir die Regierung und das Land von der Nothwendigkeit der Contingentirung überzeugen. Denn unsere Diskussionen sollen auf künftige Reformen vorbereiten. Der Abg. v. Bonin hat für die Steuer gesprochen, weil er zu ihrer Einführung beigetragen hat; aber unsere Absicht ist es gerade seltener Häuser zu kritisiren. Denn die Gebäude- und die regulirte Grundsteuer gehören nicht in die Mitte dieses Jahrhunderts; was ist denn die Besteuerung von Immobilien? Eine Lotterie von Vermögens-Constitutionen. (Bewegung.) Die Gebäudesteuer nimmt dem Eigenthümer nicht einen Theil seines Vermögens, sie nimmt nicht 4 Proc. der Haus-Einnahme, sondern des Hauswerthes, und dieser Verlust trifft nur ihn und nur jetzt, von der späteren Generation der Eigenthümer wird dieser Schaden nicht mitgetragen. In den neuen Stadttheilen Berlins verlieren Hauseigenthümer, die 1000, 2000  $\mathcal{M}$  für ein Haus von 25,000  $\mathcal{M}$  angezahlt haben, ihre Anzahlung ganz oder zur Hälfte, und die Abwälzung auf die Miether existirt in Wirklichkeit gar nicht oder nur scheinbar. Denn mit der Steigerung der Miethen wächst die Einschränkung und nimmt die Nachfrage nach Wohnungen von gewisser Qualität ab. Denn der reproductive Werth der Wohnungen, der allein ihren Preis regulirt, nimmt durch die Verwendung, die der Staat für die Gebäudesteuer hat, nicht zu, wohl aber durch die Verwendung für communale Zwecke, für Erleuchtung, Pflasterung und polizeiliche Sicherheit. Unsere Städte sind am ich echtsten gepflastert in Deutschland und Mitteleuropa, sie entbehren der nothwendigsten Einrichtungen für die Keintlichkeit — nun kommt der Staat und nimmt die dafür verwendbaren Steuern vorweg! Wir dagegen treten mit schonender, milder Hand an die Regierung heran, um den Fehler der uncontingentirten Bewilligung einer für die Staatszwecke weggenommenen Communalsteuer wieder gut zu machen. (Beifall.)

Abg. v. Blaudenburg: Nach den beiden letzten Reden sollte ich eigentlich gar nicht sprechen; denn mit der Auffassung des Hrn. v. Bonin stimme ich überein und Herr Faucher hat nur wiederholt, was wir seit Jahren gesagt haben. Wir waren immer gegen die Einführung der Gebäudesteuer, und ich bedauere nur, daß Herr Faucher damals noch nicht im Hause war, und uns durch seine volkswirtschaftlichen Kenntnisse zu unterstützen. Aber wir Conservativen sind nicht gewöhnt, wenn etwas Gesetz geworden ist, auch gegen unsern Wunsch, daran zu rütteln.

Hr. Abg. Michaelis: Zunächst antworte ich dem Abg. v. Kirchmann auf die betr. Frage, daß die Commission die rechtliche Seite des Gegenstandes allerdings nicht erörtert hat. Gegen den Abgeordneten v. Bonin bemerkt Redner: Unsere Vorgänger haben eine directe Steuer vom Procentsatz des Brutto-Ertrages der Gebäude bewilligt, ohne zu wissen, wie hoch sich diese Steuer belaufen wird. 1860 wurde in Betreff der Grundsteuer in ähnlicher Weise ein Procentsatz, aber vom Netto-Ertrag und zwar 8 Proc. vorgeschlagen. Die Grundsteuer wurde aber auf eine bestimmte Summe contingentirt, die Gebäudesteuer nicht. Nun sagt zwar der Abg. für Genthin, daß die Gebäudesteuer nur um jährlich 20,000  $\mathcal{M}$  wachse, aber nach Angabe der Regierung handelte es sich vor der Einschätzung um eine Mehreinnahme von 569,000  $\mathcal{M}$  und nachdem die Einschätzung erfolgt ist, hat sich eine mehr als doppelt große Summe ergeben. Der Abg. für Genthin hat auch nicht bedacht, daß nach 15 Jahren die Gebäudesteuer von Neuem veranlagt wird und zwar nach dem Miethswerth, den die Gebäude dann haben. Für Berlin mögen in dieser Beziehung einige Zahlen sprechen. 1853 betrug der Miethswerth sämtlicher Gebäude in Berlin 8,400,000  $\mathcal{M}$ ; 1863 dagegen 15,893,000  $\mathcal{M}$ . Rechnet man von der letzten Zahl für die neu hinzugekommenen Stadttheile 1 Million ab, so haben wir von 1853 bis 1863 eine Erhöhung von 8 Millionen auf 14,893,000  $\mathcal{M}$ . Wenn eine solche Erhöhung in 10 Jahren stattgefunden hat, so läßt sich daraus auf die Veranlagung schließen, die in 15





Danzig, den 28. März.

\* [Gerichtsverhandlungen am 27. März c.] 1) Eines Abends im März c. kam der Schlossergefelle Reich zu einer Drohsche heran und wollte einsteigen...

2) Der Arbeiter Johann Kaiser verklagte im Mai c. durch tumultuarischen Betragen in dem Strecker'schen Laden in Stadtgebiet seine Arretierung durch den Gendarmen Kufner...

3) Die verehelichte Schmidt Klatt in Kl. Boelkan hatte ihrem Nachbar ein wenig Strauch entwendet und wurde dafür mit einer Woche Gefängnis bestraft.

4) Die verehelichte Fuhrmann Juliane Stöyle fand im December c. am Vorstadt. Graben einen Pelztragen. Ohne den Fund bei der Polizei anzuzeigen, nahm sie daran Veränderungen vor und trug ihn, bis sie eines Tages von der Eigentümerin des Krages angehalten und angezeigt wurde...

\* [Handwerkerverein.] Herr Friedländer gab gestern den Schluss seines in der letzten Versammlung begonnenen Vortrages über „die Herrschaft der Engländer in Ostindien“...

Dr. Stargardt, 27. März. Der Kreisgerichtsdirector Weidemann eröffnete heute die Schwurgerichtssitzungen I. Tertials d. J. mit einer Anklage gegen den Lehrer Carl Rundstroem...

Marientburg, 27. März. Der Wasserstand der Regat hatte bereits 7' 8" erreicht, ist jetzt aber im Sinken und markirt heute am hiesigen Pegel 7' 2"...

Der neue Schlachtviehmarkt in Altschottland bei Danzig. Es bedarf einer weitläufigen Auseinandersetzung nicht, daß jede Waare, für welche es keine offenen Läden giebt...

sein, auf dem Markte am höchsten verwerthet, am billigsten eingekauft wird, der Käufer kann sich aus dem gesammten Angebote ohne Mühe, Kosten und Zeitverlust diejenige Waare ansuchen...

Zwar haben wir auch in und bei Danzig seither schon marktähnlichen Verkehre für Schlachtvieh gehabt; allein derselbe war nicht nur, um die bezügten Vortheile eines Marktes zu gewinnen, zu zersplittert...

Obwohl der neue Schlachtviehmarkt bereits im Herbst vorigen Jahres dem Verkehre übergeben wurde, so hat derselbe doch bis jetzt noch nicht in Schwung kommen wollen...

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, sind zu dem Eröffnungsmarkte am 7. April bereits ansehnliche Posten sowohl schwerer Ochsen, als kernfester Hammel...

Spr. Br., 117/118 tt. 47/50 Spr. bez. Roggen behauptet, loco 110/120/126 tt. 34/39/43 Spr. Br., 115/119/120/123/124 tt. 35/37/39 Spr. 80 tt. 38 Spr. bez.; Termine unverändert, 80 tt. 722 Frühj. 40 Spr. Br., 39 Spr. Br., 120 tt. 722 Mai - Juni 40 Spr. Br., 39 Spr. Br., 80 tt. 722 Sept. - Oct. 43 Spr. Br., 42 Spr. Br. Gerste still, große 95/110 tt. 26/36 Spr. Br., 105 - 106/111 tt. 30/31 Spr. bez., kleine 95/105 tt. 26/34 Spr. Br.

Stettin, 27. März. (Dft. Btg.) Weizen matt, loco 85 1/2 gelber 47 - 54 Spr. bez., 83/85 tt. gelber Frühj. 55 1/2 Spr. bez., Br. u. Bd., Mai - Juni 55 1/2 Spr. Br., 1/2 Spr. Bd., Juni - Juli 56 1/2 Spr. bez. u. Br., Juli - Aug. 57 1/2, 3/4 Spr. bez., 1/2 Spr. Br., 1/2 Spr. Bd., Aug. 58 Spr. bez., Sept. - Oct. 58 1/2 Spr. bez., 1/2 Spr. Bd. - Roggen wenig verändert, 722 2000 tt. loco 34 - 35 Spr. bez., Frühj. 35 1/2, 35, 35 1/2 Spr. bez. u. Br., 35 Spr. Bd., Mai - Juni 35 1/2, 1/2 Spr. bez. u. Bd., Juni - Juli 36 1/2 Spr. bez. u. Bd., Juli - Aug. 37 1/2 Spr. bez., Sept. - Oct. 38 1/2 Spr. Br. - Gerste und Hafer unverändert. - Rüböl matt, loco 12 Spr. Br., April - Mai 11 1/2 Spr. Bd. u. Br., Sept. - Oct. 11 1/2 Spr. bez. u. Br., 1/2 Spr. Bd. - Wintererbsen 722 Sept. - Oct. 85 Spr. Bd. - Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 13 1/2 Spr. bez., Frühj. 13 1/2 Spr. bez., Br. u. Bd., Mai - Juni 13 1/2 Spr. Br., 1/2 Spr. Bd., Juni - Juli 13 1/2 Spr. Br., Juli - Aug. 14 1/2, 1/2 Spr. bez., 1/2 Spr. Bd.

Berlin, 27. März. Weizen 2100 tt. loco 45 - 60 nach Qual, weichtunt. poln. 58 1/2 - 59 Spr. ab Bahn bez. Roggen 2000 tt. loco 79/80 tt. 36 Spr. ab Bahn bez., 81/82 tt. 36 1/2 Spr. ab Bahn, frei Wagen 36 1/2 Spr. bez., 83/84 tt. 36 1/2 Spr. ab Bahn bez., März 36 Spr. Br., Frühj. 35 1/2 - 1/2 - 1/2 Spr. bez., Br. u. Bd., Mai - Juni 35 1/2 - 1/2 - 1/2 Spr. bez. u. Br., 1/2 Spr. Bd., Juli - Aug. 37 1/2 - 1/2 - 1/2 Spr. bez. u. Br., 1/2 Spr. Bd., Sept. - Oct. 38 1/2 - 1/2 - 1/2 Spr. bez. u. Bd., 1/2 Spr. Br. - Gerste 722 1750 tt. große 27 - 33 Spr., kleine do. - Hafer 722 1200 tt. loco 21 1/2 - 25 Spr., März 22 1/2 Spr. Br., März - April do., Frühj. 22 1/2 Spr. bez. u. Br., Mai - Juni 22 1/2 Spr. Br., Juni - Juli 23 1/2 Spr. Br. u. Bd., Juli - Aug. 24 1/2 Spr. Br., Sept. - Oct. 24 1/2 Spr. bez. - Erbsen 722 2250 tt. Rohw. 45 - 50 Spr., Futterw. 42 - 45 Spr., Futterw. 43 Spr. 722 2250 tt. bez. - Rüböl 722 100 tt. ohne Faß loco 12 1/2 - 12 1/2 - 12 Spr. bez. u. Bd., 1/2 Spr. Br., Mai - Juni 12 1/2 - 1/2 Spr. bez. u. Br., 1/2 Spr. Bd. - Leinöl loco 12 1/2 Spr. Br. - Spiritus 722 8000 % loco ohne Faß 13 1/2 - 1/2 Spr. bez., März 13 1/2 Spr. nom., März - April do., April - Mai 13 1/2 - 1/2 - 1/2 Spr. bez., Br. u. Bd., Mai - Juni 13 1/2 - 1/2 Spr. bez. u. Br., 1/2 Spr. Bd., Juni - Juli 14 1/2 - 1/2 Spr. bez. u. Br., 1/2 Spr. Bd., Juli - Aug. 14 1/2 - 1/2 Spr. bez. u. Br., 1/2 Spr. Bd., Aug. - Sept. 14 1/2 Spr. bez. u. Bd., 1/2 Spr. Br., Sept. - Oct. 14 1/2 Spr. bez. u. Bd., 1/2 Spr. Br. - Mehl. Wir notiren: Weizenmehl Nr. 0. 3 1/2 - 3 1/2 Spr., Nr. 0. u. 1. 3 1/2 - 3 1/2 Spr. - Roggenmehl Nr. 0. 2 1/2 - 2 1/2 Spr., Nr. 0. u. 1. 2 1/2 - 2 1/2 Spr. ohne Steuer. - Zu behaupteten Preisen ziemlich belangreicher Umsatz.

Verantwortlicher Redacteur H. Richter in Danzig.

Table with 3 columns: Werra, Bar. in Par. Lin., Temp. R. and weather descriptions for various locations like Memel, Königsberg, Putbus, Rostin, Stettin, Berlin, Posen, Breslau, Köln, Paris, Helsingfors, Petersburg, Riga, Moekau, Stockholm, Christiania, and Schwed. 10 Uhr. 2.

Productenmärkte.

Königsberg, 27. März. (R. S. B.) Wind: Ost. O. Weizen unverändert, hochbunter 115/130 tt 45/74 Spr. Br., 119/124/125 tt. 52 1/2/57 Spr. bez., bunter 110/128 tt. 40/70 Spr. Br., 122/123 tt. 55 1/2 Spr. bez., rother 115/128 tt. 45/68

Berliner Fondsbörse vom 27. März. Table with columns for Aktien (Bach, Wachen, Amsterdam, Berlin, etc.) and Dividende pro 1864.

Table with columns for Nord-, Friedr.-Wilh., Oberschl. Litt. A. u. C., Litt. B., Dettel.-Frz.-Staatsb., Oppeln-Larnowis, Pheinische, do. St.-Prior., Rhein-Nabebahn, Rhr.-Gef.-R.-Glabb., Ruff. Eisenbahnen, Stargard-Posen, Dettler. Südbahn, Löhninger, and Dividende pro 1864.

Table with columns for Preussische Fonds, Kur- u. R. Renth., Pommer. Rentendr., Preussische Eisenbahnen, Kur- u. R. Renth., Ostpreuss. Pfdb., Pommerische, Posenische, Schlesische, Westpreuss., Kur- u. R. Renth., and Kur- u. R. Renth.

Table with columns for Kur- u. R. Renth., Kur- u. R. Renth., Kur- u. R. Renth., Kur- u. R. Renth., Kur- u. R. Renth., Kur- u. R. Renth., Kur- u. R. Renth., Kur- u. R. Renth., Kur- u. R. Renth., Kur- u. R. Renth.

Table with columns for Wechsel-Cours vom 25. März, Amsterdam kurz, do. 2 Mon., Hamburg kurz, do. 2 Mon., London 3 Mon., Paris 2 Mon., Wien Oester. B. 8 Z., do. do. 2 M., Augsburg 2 M., Leipzig 8 Tage, do. 2 Mon., Frankfurt a. M. 2 M., Petersburg 3 Woch., do. 3 M., Warschau 8 Tage, Bremen 8 Tage, Gold- und Papieregeld, Fr. St. M. 99 1/2, ohne R. 99 1/2, Louisd'or 111, Souver. 6 2/4, Poln. Rtn., Goldfr. 9 1/2, Russ. do. 80 1/2, Dollars 1 1/2, Silver 29 2/3.

